

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Ämtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 298.

Freitag, den 20. Dezember 1918.

158. Jahrgang.

Ämtliche Anzeigen

Seite 4 betr.:

Eintritte in die Ernährungswirtschaft.
Web-, Wert- und Strickwaren.
Reinheitsbestimmungen für Hand-
verarbeitete ausserhalb der Militärfabriken.

Tageschronik

Ausdrückliche Ablehnung der A- und E-Räte durch die Entente.

Vollen auf der Seite der Entente.
Berufung Berat des Ukraine-Selbstans der Deutschen.
Der Berliner Rätekongress bestätigt die Neuzugang Ebert-Haase.
Der Beginn der Vorkonferenz soll nach einer Savas-Meldung Anfang Januar sein.
Amerikas Friedensprogramm.

Der Konflikt in der Regierung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:
Nach dem Zwischenfall im Kongress der A- und E-Räte und den scharfen Auseinandersetzungen zwischen Ebert und Ebert, sowie infolge der Latenzlosigkeit des Kongresses ist es zu einer Krise in der Regierung gekommen. Hartnäckig erhielt sich in Berlin das Gerücht, die Regierung werde zurücktreten, falls der Kongress sich nicht geschlossen hinter sie stelle und ihre Forderungen respektiere. Man sprach davon, daß die Regierung nur dann bleiben wolle, wenn außerdem noch eine Aenderung in der Regierung erfolge; denn den Mehrheitsfraktionen sei es unmöglich, mit Kollegen wie Ebert zu arbeiten, der sich gegen die Regierung wendet, ohne sie vorher zu benachrichtigen, und Todsünden gegen ihre Taktik vorbringt, die völlig entsetzlich seien. Ob die Regierung wirklich ernst macht und das Gerücht sich bestätigt, muß abgewartet werden. Die A- und E-Räte besprechen heute wohl diese Regierungsumstellung, nehmen sie aber nicht taglich. Man begegnete unter ihnen vielmehr der Ansicht, die Regierung werde, wenigstens soweit es die Mitglieder der Mehrheitsfraktionen sind, die volle Deckung des Kongresses erhalten.

Eine Mehrheit für frühere Nationalwahlen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:
Der Antrag auf Früherlegung der Nationalwahlen auf den 19. Januar wird jedenfalls, wie ich aus den Kreisen der Delegierten des A- und E-Räte-Kongresses erfahre, eine bedeutende Mehrheit finden. In politischen Kreisen wird dieser Termin bereits als feststehend angenommen, und sowohl die Deutsche demokratische Partei wie die Deutsch-nationale Volkspartei haben ihre Organisationen im Lande angewiesen, sich auf die Nationalwahlen am 19. Januar einzustellen.

Sozialisten und Unabhängige.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:
Wie wir zuverlässig erfahren, schwächen zwischen den Sozialisten und den Unabhängigen Verhandlungen, die auf ein Zusammengehen bei den Nationalwahlen hinstreben. Die anfänglich gütlichen Verhandlungen sind jetzt aber infolge der Angriffe Eberts auf Ebert, Scheidemann und Landsberg unterbrochen.

Spanien im Schlepptau der Entente.

Der deutsche Gesandte nicht mehr „persona grata“.

Berlin, 18. Dez. Die spanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Vizekönig Prinz Alfons, Negationssekretär von Segura, Militär-Attache Major Ralle, Marine-Attache Kapitänleutnant Steffens und Marine-Intendanturtruppentritt nicht mehr „persona grata“ seien. Als Geschäftsträger verbleibe der erste Sekretär der Botschaft, Vizekonsul Graf von Bismarck, in Madrid.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das skandinavische Kommando von der Entente sich zu diesem Schritt hat drängen lassen.

Madrid, 18. Dez. (Reuter.) Romanones wird heute abend nach Paris abreisen.

Die Ablehnung der A- und E-Räte durch die Entente.

Gegenüber den vereinzelt laut gewordenen Zweifel an der beabsichtigten Ablehnung der Entente gegenüber den A- und E-Räten gibt die Massenstillstandskommission folgende authentische Darstellung des Sachverhaltes:
Staatssekretär G. Berger wollte sich mit dem Befehl eines Vertreters der Deutschen Botschaft in London in Verbindung setzen, um die Möglichkeit der Freigabe der Entente zu klären, jedoch wurde bei der Abfertigung der Frage die Entscheidung aus Rücksicht auf die deutsche Delegationen mit Rücksicht auf die zweite Sitzung der deutschen Delegierten mit Marschall Foch am 13. Dezember. Erberger brachte an deren Schluß die Angelegenheit zur Sprache und fragte an, ob der erhobene Befehl tatsächlich der Auffassung Fochs und somit der Alliierten entspreche. Dem Marschall Foch wurde das bekannte Telegramm des Kreuznacher A- und E-Rates in Kreuznach wiedergegeben. Foch gab Foch seine ablehnende Stellungnahme zu erkennen. Zu dem Posten der Nichtanerkennung der A- und E-Räte durch die Entente erklärte er ausdrücklich, daß dieser Befehl seines Vertreters völlig feiner und der Alliierten Auffassung entspreche. Der englische Admiral Wemyss gab seinerseits sofort seiner Ablehnung mit Foch durch die Bemerkung „accord“ (Einverständnis) Ausdruck.

Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit gegeben. Und konnte die Ablehnung der A- und E-Räte durch den englischen Admiral allenfalls noch als besserer Einverständnis betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß die Entente als solche die A- und E-Räte nicht anerkennt.

Beginn der Friedensverhandlungen Anfang Januar.

Paris, 18. Dez. Eine Note der Agence Havas“ erklärt, daß die Friedensverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Januar anfangen werden.

Amerikas Friedensprogramm.

London, 18. Dez. Die „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

1. Der Völkerbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden.
 2. Die Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgelegt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes willkürliche Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen.
 3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgelegt werden und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß.
 4. Die Präliminarverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gemacht werden.
 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als baren Herrscher zusammenkommen.
- Jede andere Stellung würde einen Frieden bedeuten, der sich hinterhältig, aus dem dann wieder neue Kriege entspringen könnten. Wie verstanden, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorgeschlagenen Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer gewissen Probezeit.

Wilson der „Friedensapostel“.

Basel, 18. Dez. (Eig. Draht.) Die „Morningpost“ meldet aus Paris: Präsident Wilson wird sich bis zum Schluß des Vorkriegs in Europa aufhalten. Der Präsident erklärte beim Empfang des Pariser Gemeinderates, seine Aufgabe sei, Sieger und Besiegte im Völkerbund ehrenvoll zusammen zu bringen (17).

Verrat der Ukraine.

Basel, 18. Dez. (Eig. Draht.) Die „Morningpost“ meldet aus Kiev: Der Heiman hat sich den Alliierten zur Verfügung gestellt und die Internierung der noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen angeboten. Die Alliierten zeigen wenig Neigung, den „Verrätern“ des Selbsten nachzukommen.

Licht und Schatten.

Preußen galt seit Friedrich II. allen, die ihre Hoffnung auf eine große Zukunft richteten, als der Kernpunkt, um den sich Deutschland zu kristallisieren habe. Der Schicksal des Deutschen Reiches, unter großer Bemerkung, aber nicht ohne das Deutsche Reich an das feste Gefüge Preußens, in ans ihm herabzuwühlen, eine wunderbare Kraft, die sich im Kleinen so herrlich bewährt hatte, sollte ihre Feuerprobe im Großen bestehen. Wir sagen, sie hat sie bestanden — trotz allem und alledem. Seit 50 Jahre lang! Wohl mag der recht haben, der die fast fünfzig Jahre lang, glücklich betrachtet, nur eine kurze Spanne Zeit, aber feiner wird doch wegen zu behaupten, daß heute ein Geist, eine Kraft untergegangen sei, die uns Deutsche eigentlich erst aus der Erde der Unbedeutendheit herausriß.

Wollen wir im Unglück vergehen, daß der Spruch „viel Feind, viel Ehr“ nie eine größere Bedeutung hatte, als in den Jahren 14—18 für die Deutschen? Wir liegen jetzt darnieder, wie schlimmer wohl nie ein großes Volk darniederlag, das auf hundert Schlachtfeldern gequält hat, aber verloren hat wir erst, wenn wir uns selber aufgeben. Auch die friedliche Friedensarbeit eines Volkes kann nur durch Kraft sich durchsetzen, auch auf dem Markt führt konzentrierte, organisierte Kraft den Schwächeren zurück. Der allernächste, organisierte Kraft, daß große Friedensarbeit immer einen großen nationalen Hintergrund verleiht. Es muß ein größeres Ideal und eine größere Menschenmenge vorhanden sein, die die höchsten wirtschaftlichen Ziele verfolgt, wenn auf dem großen Markt der Völker etwas erreicht werden soll.

Selbst den Fall geht, der Plan Wilsons vom Völkerbunde verurteilt sich, jedem, auch dem feinsten Volke werden dieselben Rechte gegeben wie dem größten, jede Appellation an die Völker würde vom Völkerbunde verboten — selbst dann hätten die größeren Völker sich den kleineren Nationen vor den kleineren gewaltige Vorteile. England ist sicherheit befreit, seine Dominien enger und enger mit dem Mutterlande zu verketten, Frankreich kennt keine Strauß, wenn es gilt, seine Volkshaus zu verbreitern, und nur der Deutsche steht mit verblühendem Gleichmut zu, wie im Osten und Westen und Norden sich die Abdröckelung vorbereitet, und kimmert sich auch in höher Verlebung nur wenig darum, wenn der Alt sich lockert zwischen den einzelnen Bundesstaaten. Noch nie war der deutsche Volk so intensiv „nach innen“ gerichtet, wie heute.

Der „innere Wind“ mag manche Verände abgehoben haben, vielleicht auch manches andere — bestimmt kann heute noch niemand übersehen, wie's bei uns aussieht wird, wenn die Zeiten einmal wieder „normal“ sind. Mag das aber sein, wie es ist, und werden, wie es will, unter seiner Umfassung dürfen die Deutschen gerade jetzt die äußere Politik vergessen oder hinterlassen, denn die äußere Politik ist es letzten Endes allein, die ein Volk zum Nationalität. Die Widerstände von außen bilden geschlossene Nationen als die inneren Vereinbarungen, die, generat betrachtet, selten allzu groß sind. Wenn jetzt in einzelnen Teilen Deutschlands mit dem Gedanken eines Abfalls vom Deutschen Reich gespielt wird, so ist da eine bedauerliche Überbehauptung innerer Differenzierung zu konstatieren. Es werden da gewisse Eigenschaften, die das Ausland als spezifisch preussische bezeichnet und nicht sehr liebt, auch innerpolitisch verwertet, und das ist sehr bedauerlich. Die triale Wahrheit von Licht und Schatten zeigt sich auch bei dem, was wir „Preußenheit“ nennen. Selbst wer es nicht immer allzu sehr liebt, sollte sich doch in die halten, es jetzt auszuweichen zu wollen. Die preussischen Schatten waren so gewinnlich, weil das Licht so groß war, das von ihnen ausstrahlte. Gerade der Grund der neuen deutschen Freiheit, dem wir alle Willen und Gedächtnis wünschen, wird von diesem Licht wunderbar Erleuchtung und Wertschätzung nichts entbehren können — die schwarzen Schatten wird sich die Zukunft dann für alle Zeit fernhalten werden.

Was uns groß gemacht, wollen wir nicht vergessen, wir wollen es vielmehr mit dazu benutzen, das ideellen auszurollen mit Stumpf und Eitel, was uns jetzt in die in gemacht hat. Zum alten Licht soll neues Licht kommen, dann, aber nur dann werden die Schatten weichen.

Anschluß Polens an die Entente.

Entwaffnung der deutschen Truppen.

Basel, 18. Dez. (Eig. Draht.) „Echo de Paris“ meldet: Der polnische Staat hat durch Erklärungen feierlicher Art seinen Anschluß an die Alliierten vollzogen. Die noch auf polnischem Gebiet stehenden deutschen Truppen sollen entwaffnet werden.

Der 3. Tag des Räte-Kongresses.

Neue Zwischenfälle. — Große Abklimmungen. — Bestätigung der Regierung Ebert-Haase.

Berlin, 18. Dezember.

Am Mittwoch: Langsam fällt die Saal des Abgeordnetenhauses. Die Räte haben den gestrigen Tag verossen oder wollen ihn vergessen. Sie sehen sich wieder ruhig auf ihre Plätze. Auf den Tribünen inoffiziell ist es lebendig und in der Hofloge sitzt oder steht, redet oder schreit mit den Händen Liebknecht, dem man schon ansieht, daß er eine neue Zwischenfälle inszenieren hat. Und sie treten plüschig ein. Unten beschließt man vorläufig noch in aller Ruhe eine neue Geschäftsordnung. Man spricht über die Forderung der Gardeeregimenter, die einen Delegierten stellt hierzu neue Anträge und eine Debatte legt ein, die lang und breit ist. Ein Kompromiß wird geschlossen: Man will Deputationen nicht mehr in Saale empfangen. Mit ihnen soll aber hinter den Türen verhandelt werden. Doch die Deputationen sind anderer Meinung. Einmal erscheinen jene Soldaten und gehen wieder, die schon inzwischen durch eine Erklärung der Berliner Gardeeregimenter als Nichtbeauftragte erklärt sind, und wollen die Verhandlung ihrer Forderung, die verlegt ist und einer Kommission überreicht wurde, durchführen. Dann aber erscheinen Arbeiter. Der Präsident sagt, auch diese Deputation werde wie alle anderen von einer und derselben Kommission geführt. Sie fragen nicht danach, eine neue Geschäftsordnung. Sie bringen eben in den Saal und froh allen halten. Der Präsident verliert bei Spracher ihre Forderung. Man sieht, es handelt sich nicht um selbstverständliche Sachen, es handelt sich allein darum, den Kongress und seine Arbeiten zu lösen. Liebknecht in der Hofloge zieht die Füße und der Kongress ist ohnmächtig. Die Arbeiter streiken, wenn diese Deputation nicht geht werde. Sie kommt zu Wort. „Nieder mit der Nationalversammlung!“ Eine Einladung an den Kongress zu einem Demonstrationstag durch Berlin, weil man noch irgendwas Leiden vermutet. Der Kongress lehnt ab, arbeiten will er. Man beschließt: Nehmt wir nicht mehr empfangen. Aber wird Liebknecht damit einverstanden sein? Man wartet aufrecht auf neue Zwischenfälle, und sie werden nicht ausbleiben. Immer mehr sinkt die Atmosphäre des Kongresses, er will auflösen, und doch hat er nicht die Macht dazu. Anträge regen man zu regnen von den Unabgängigen, denn sie wissen, was sie wollen, sie haben schon viel erreicht und wollen die Delegierten weiter machen. Und schließlich Liebknecht und er winkt seinen Leuten mit der Hand. Man verläßt ihn: Das Schauspiel geht weiter heute... morgen, bis man schließlich trotz aller Zwischenfälle das Ende findet.

In der Mittagspause entwickeln sich vor dem Hause neue Demonstrationen der Anhänger Liebknechts. Sie kommen aber — im ganzen etwa 8000 Mann — etwas zur Unzeit, da die Versammlung gerade nicht tagt, und dem Volksbeauftragten Rath gelingt es, durch einige Verhütungsgemittel die Leute nach Hause zu schicken. Aber sie sind bereits an, daß sie am nächsten Tage wiederkommen wollen, um ihre Forderungen durchzuführen.

Angehenden marschieren sie mit großen Plakaten, auf denen zu lesen steht: „Man will uns nicht hören!“ durch die Stadt. Die Nachmittagsstunde läßt sich in der Hauptsache mit endlosen Diskussionen angefüllt, da man mit dem Reichswehrkommando des Volksrates glücklich zu Ende ist und alle Anträge, die dazu gestellt sind, erledigt werden sollen.

Die Beschlüsse.

Ein Antrag, der die Tätigkeit der Volksbeauftragten als eine systematische Verletzung der Macht der Räte und Räte bezeichnet, wird gegen eine sehr geringe Widerheit abgelehnt.

Ein Antrag auf Sozialisierung der Arbeitszeitung wird dem Volksratrat überwiesen.

Ein Antrag, der Maßnahmen zur Entwarnung der Gegenrevolution verlangt, wird unter Beifall mit großer Mehrheit angenommen.

Es begehrt hängen, ebenfalls mit sehr großer Mehrheit, der Antrag General-Beppin, der den militärischen Grenzschutz im Osten und Westen sofort aufheben und einem von den R. und S.-Räten gebildeten Sicherheitsdienst überweisen will.

Dem gleichen Schicksal verfällt auch der Antrag Barth, der jeden Grenzschutz im Osten und Westen, soweit er nicht zur Demonstration notwendig ist, aufheben will.

Dagegen wird ein Antrag, daß die Waffenstillstandskommission in allererster Linie den Gesangenen auszuwählen betreiben soll, einstimmig angenommen. Endlich kommt man zu dem entscheidenden Antrag der Reichssozialisten Lebensraum und Genossen. Er lautet:

1. Der Reichskongress der R. und S.-Räte Deutschlands, der die gegenwärtige politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem R. und S. Volksbeauftragten.

2. Der Kongress bestätigt ferner den Zentralrat der R. und S.-Räte, der die parlamentarische Führung des Volksrates des deutschen und preussischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten der kaiserlichen Verhältnisse auch der Volksbeauftragten Preussens. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden von Räte der Volksbeauftragten Reichsdeputierte der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Reichsdeputierte entsendet, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Reichsminister und der Reichsdeputierten ist der Zentralrat zu hören.

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Man kommt dann zur Verhandlung der Soldatenforderungen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Oberste Kommandogewalt über Heer und Marine die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Volksrates ausüben sollen. Die Offiziere sollen Führer genannt werden. Die neuen Bestimmungen treten sofort in Kraft. Alle Rangabzeichen werden abgeklärt. Verboten ist das aufstellen militärischer Waffen. Für die Ausrüstung der Truppen sollen die Aufseherstellen der Divisionen und die Soldatenräte verantwortlich sein. Die Entwertung der kaiserlichen Militärscheine, Unteroffiziersstellen, Soldaten usw. in Angelegenheiten der Soldatenräte. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Höhere Offiziere dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der Militärverwaltungsbüro und Beamte im Offiziers-

korpsangehörigen im Interesse der Demobilisation in ihren Stellen belassen werden. Außerdem wird die Beschaffung des liegenden Heeres und die Errichtung einer Volkswirtschaft gefördert. Die Anträge werden fast einstimmig angenommen.

Den Schluß der Sitzung, die sich bis über die 8. Abendstunde hinaus ausdehnt, bilden Mandatsparierungen aus. Dabei werden über 70 Mandate, vornehmlich von Frontsoldaten, für ungültig erklärt. Am Donnerstag will man die Frage Nationalversammlung oder Räteregierung ansprechen.

Das Gardekorps wehrt von keiner „Deputation“.

Berlin, 18. Dez. Die ergebnisgemäß von den Ersttruppenteilen des Gardekorps gewählten Delegierten erklären hiermit vor aller Öffentlichkeit, daß sie keinen Anteil haben an der am 17. Dezember der Regierung von einer angeblichen Deputation einzelner Truppenteile abgegebenen Erklärung im Kongress der R. und S.-Räte im Abgeordnetenhause. Sie stellen dementsprechend fest, daß die Truppen des Gardekorps nach wie vor geschlossen hinter der Regierung Ebert-Haase stehen und die eingebrachte Resolution nicht der Stimmung in der Truppe entspricht. Einzelne Regimenter, haben bereits geschlossen gegen diese Resolution demonstriert.

Das russische Revolutionsgeld.

Losse gegen Barth.

Berlin, 18. Dez. Aus Rosenlagen wird dem „Pol.-Parl.“ gemeldet, daß eine Meldung aus Puschkin eingetroffen sei, die die Antwort Joffes auf die Erklärungen Barth und Haases in der bekannten Angelegenheit enthält und die Diskussion in der schärfsten Weise fortsetzt. Joffe behauptet, daß Barth sehr wohl um den Ursprung des ihm durch deutsche Genossen übergebenen Geldes gewußt habe. Lieber Haase lautet die Erklärung nicht so bestimmt, dagegen wird nach Cohn-Nordhausen in die Angelegenheit hineingezogen. Joffe behauptet Barth und Haase sehr von oben herab und nennt sehr hohe Summen, die er für die deutsche Revolution zur Verfügung gestellt hätte.

Das Geld des Volksrates.

Mitglied der R. und S.-Räte, wobei der Volksrat verwirklicht hat, läßt sich selbstverständlich im Augenblick nicht feststellen. Auch der Reichswehrkommando kann darüber nur Vermutungen äußern. Man wird sich später eine vollständige Rechnung über die verwendeten Gelder erhalten. Heute verdient Beachtung, daß sich der Volksrat nicht nur an den Schatzkammer ein Gelder wandte und sich nicht nur von der Regierung solche bewilligen ließ, sondern daß er auch für sich Gelder „requisirierte“. Davon hörte man zum ersten Mal durch das Volksratsmitglied Manuz, der in der Sitzung der R. und S.-Räte mitteilte, ihm wären von einem gewissen Ertisch 456 000 Mark überreicht worden. Die Erfüllung folgt auf dem Fuß. Die Delegierten des R. und S.-Rates im Stellvertretenden Generalkommando machten nämlich folgende Mitteilung: „600 000 Mark wurden am 11. November widerrechtlich von einem Herrn Dettle, der bevollmächtigt war von Herrn Barth und Leeborder, dem Generalkommando zu befehlen, beschlagnahmt. Das Mitglied des Soldatenrats Heilbrunn begab sich sofort zum Herrn Ertisch, damals im Sicherheitsausdruck, und forderte Ueberweisung des Geldes an die Reichskasse auf Konto „Generalkommando“ oder „Auswärtiges Amt“. Heilbrunn gab auch Herrn Manuz Nachricht, daß das Geld widerrechtlich beschlagnahmt und keineswegs für Zwecke des Volksrates zu verwenden sei.“

Aber trotzdem wurde es demnach vom Volksrat verabschiedet, der sich jene Mittel, wie es scheint, überall herholte, wo er sie erhielt, und war es auch von der unrichtigen Stelle und rechtswidrig.

Liebknecht kündigt die „richtige“ Revolution an.

Berlin, 18. Dez. Laut „Berl. Tagbl.“ sagte Liebknecht in seiner Ansprache an die etwa 2000 bis 3000 zählenden Demonstranten vor dem Reichskongress: Die sozialistische Revolution in Deutschland habe noch nicht begonnen, sie läßt sich erst und nur die Arbeiterklasse wäre es, die sie ausführen könne.

Wie man Liebknecht bekämpft.

Liebknecht hat es wiederholt verstanden, dort aufzutreten, wo man unzufrieden war und die Stimmung für sich auszunutzen. Man fand er am Dienstag vor den Gardeoffizieren, die keine Unzufriedenheit zeigen, hand vor ruhigen Leuten und war nicht plüschig aufgelaufen, sondern von dem Kommandeur Major v. Landsberg besonders zu einem Vortrage eingeladen worden. Er hatte wiederholt behauptet, das Regiment wäre von seinen Offizieren zu gegenrevolutionären Zwecken angestellt worden. In seiner Rede sollte er die Gardeoffiziere zu seiner Partei bestimmen, sollte sich überzeugen, daß sie freiheitlich in jeder Hinsicht beizugehen. In solcher Situation hatte sich Liebknecht wohl noch nicht gesehen: Man hörte ihn ruhig an und schloste ihm beim Erwidern seinen Beifall. Er erhielt seinen Kontakt mit den ruhigen Leuten und diese gingen immer mehr abwärts. Alles ohne Zwang, aber für Liebknecht war es doch peinlich. Keiner seiner Helfer unterstützte ihn. Er sah sich allein und verlassen und wurde infolgedessen nervös, nahm jeden Zwischenfall auf, kam aus dem Konzept ging zur Zweiprade über. Er zog sich nach einhalb Stunden zurück; erreicht hatte er nichts: Die Gardeoffiziere lehnten ihn auch nach seinem Vortrage ab. Dafür aber nahmen sie die Ausführungen des Reichssozialisten Keilmann, der dem Kommandeur als zweiten Redner gewonnen hatte, mit Beifall an. Dieser hatte es weit, Liebknecht abzuwehren. Liebknecht ist für die Gardeoffiziere infolge der Äußerung seiner Kommandeure abgelehnt. ... So ist es Liebknecht kann nur dann Erfolg erzielen, wenn er eine aufgeregte, unzufriedene, aufgelaufene von seinen Leuten bearbeitete Masse vor sich sieht. Dort verlagert er, wo ruhige Männer, mit klaren Gedanken seine Worte wägen.

Ein englisches Urteil gegen Spartakus.

Wie die „N. Zür. Ztg.“ mitteilt, erklärte Maurice in der „Daily News“, daß die deutsche Armee vor dem Siege die erste Europas gewesen sei. Bei dem Waffenstillstand hätten sich die Armeen der Alliierten und des Feindes an der Westfront im Verhältnis von 3 zu 2 gehalten. Die deutsche Armee sei von

der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Das Verhalten der Arbeiter der deutschen Städte müßte mißbilligt werden. Die Alliierten es vorgezogen, zu revidieren, dem Feinde die Schiffe auszuliefern. Die deutschen Matrosen seien es gewesen, die Paris gerettet haben. Die Matrosen von Hamburg und Kiel besonders die Garde von Rosa Luxemburg und die heute auf dem deutschen Meere laffen, kommen nach diesem englischen Urteil auf das Schuldkonto des Spartakusbundes.

Amerikaner gegen Spartakus.

Paris, 18. Dez. Laut „Rein. Ztg.“ erklärte im rheinischen Dile Schreier ein Hauptmann, Führer der amerikanischen Besatzungstruppen, dem Soldatenrat gegenüber, die Amerikaner hätten nicht als Feinde, sondern als Freunde. Auch befürchtete sie die nicht als Sieger und wären gewillt, die junge deutsche Republik beizugehen und aufzulösen zu helfen. Er erklärte weiter, daß sie jede monarchistische Bestrebung und die sogenannte Liebknecht- oder Spartakusgruppe verurteilten, daß sie aber die republikanischen Bestrebungen fördern würden. Sie wären auch dagegen, daß das Rheinland an Frankreich angegliedert würde.

Der Bergarbeiterstreik.

Ausbreitung des Streiks in Oberschlesien.

Berlin, 18. Dez. Die Streikbewegung in Oberschlesien hat weiter sich geäußert. Die Anzahl der Auszubehrigten hat sich auf 24 142 gegen 17 259 am vorhergehenden Tage erhöht. Stellenweise sind Gewalttätigkeiten vorgekommen.

Ausbreitungen im Ruhrrevier.

Eisen, 18. Dez. Die „Reinisch-Westf. Ztg.“ meldet: Der R. und S.-Rat teilt mit, daß er zur bewaffneten Hilfeleistung nach Gladbeck und Bottrop gerufen worden sei. In Gladbeck versuchte der R. und S.-Rat durch Verhandlungen die erregte Menge zu beruhigen, was ihm auch gelang. Die Arbeiter übernehmen den Schutz der Lebensanlagen selbst, so daß die militärische Bewachung überflüssig wurde. In Bottrop stürmte die ganze Menge das Zehnjahresgebäude der Müllebäckerei, wobei durch Weichenverstoß 6 bis 7 Personen verwundet wurden, von denen eine sehr schwer starb. Es gelang, die Menge zur Abordnung einer Delegation zwecks Verhandlungen zu bewegen. Diese werden am Mittwoch fertiggestellt.

Infolge der Lohnherabsetzung und der dringlichen Vorstellung der Bergarbeiterführer beschloßen die streikenden Bergleute auf allen Zechen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Zum Buchdrucker streik in Berlin

schreibt der „Vorwärts“: Dienstag abend forderten Drucker der Firmen Scherl, Miltstein und Mölle eine Erhöhung des Wochenlohns von 79 auf 120 Mark. Die Gewerkschaftsvertreter der Firmen wollten vorläufig 15 Mk. Wochenlohn genehmigen und forderten die Annahme des Gebots in fünf Minuten. Eine Forderungserhöhung erfolgte nicht. Daher sind heute früh keine Zeitung erschienen. Am Mittwoch abend erdhienen die Zeitungen der genannten Verlage nicht.

Bolschewiki in München.

München, 18. Dez. Gestern fanden bolschewistische Ueberfälle im Umland der Stadt statt. 15 Soldaten trugen in im Umland militärischen Generalstab ein Militärmagazin und raubten Bekleidungsstücke. 10 Soldaten mit roten Abzeichen drangen in eine Druckerei, in der Anträge gegen den Bolschewismus erbracht wurden, ein. Sie beschlagnahmten über 100 000 Exemplare des Auftrages und schafften sie in einem Militärfahrwagen fort.

Die Gefährdung der deutschen Osttruppen.

Berlin, 18. Dez. Ueber die Gefährdung der von der Ostfront abgezogenen deutschen Osttruppen durch die Truppen der Sowjetrepublik gehen weiter folgende mündliche Mitteilungen ein:

In Minsk ist es infolge des vorzeitigen Einrückens der Sowjettruppen zu Zusammenstoßen gekommen. Auf den Bahnhöfen wurden die Räumungsverträge geschlossen. Die deutsche Bahnhofsbesatzung wurde durch planmäßigen Ueberfall sehr stark überlegener Sowjettruppen, die entgegen den ausdrücklichen Verabredungen mit der Bahn während der Nacht herangeführt worden und um mehrere Stunden verfrüht eingedrückt sind, unermittelt und durch Uebermacht zur Entlassung gezwungen. Zerstörungen der Bahn waren unermesslich unterlassen worden, weil die Bahn laut Vereinbarung mit den russischen Vertretern für die Abberufung der Kriegsgesangenen benutzbar bleiben mußte. Die deutschen Truppen und Eisenbahnwagen sind nicht nur entwaflnet, sondern vollständig ausgeplündert worden. Es haben den größten Teil ihrer Pferde und Fahrzeuge zurücklassen müssen und ihr Privatvermögen verloren.

Die deutsche Regierung hat gegen das Verhalten der russischen Truppen bei der Sowjetregierung erneut energigeltenden Einspruch erhoben.

Deutsche Soldaten als bolschewistische Opfer.

Reiga, 18. Dez. Eine bolschewistische Bande mit drei Maschinengewehren überfiel das Gutshaus Rikowa in Polnisch-Poland, verarmte die Türen und zündete das Haus an. Die darin befindlichen 30 deutschen Soldaten und Bewohner verbrannten.

Trieft internationaler Hafen.

Zürich, 18. Dez. (Eig. Telex). Bezüglich der nächsten Americas, Frankreichs und Englands auf Triest wird der „N. Zür. Ztg.“ von besonderer Seite berichtet, daß diese Mächte beabsichtigen, Triest zu einem internationalen Hafen zu machen, mit einem englischen Gouverneur. Veranlassung hierzu bietet die Neutralität zwischen Italien und Schweden bezüglich Triest. Gerade beschalt wird Italien gegen die oben erwähnten Pläne den schärfsten Widerstand leisten.

